

KIRCHBERG-FONDS

Schwarze Schatten



Seit Jahren ist die mangelnde Transparenz hinsichtlich des Kirchbergfonds bekannt, doch eine Besserung zeichnet sich nicht ab. Der christsoziale Fraktionschef setzt auf Aussitzen statt nachhaltiger politischer Veränderung. Feiert der CSV-Staat ein Comeback?

Angriff sei die beste Verteidigung. Getreu diesem Sprichwort hat Lucien Weiler, CSV-Fraktionschef, am vergangenen Freitag zum Halali auf seinen grünen Widersacher, François Bausch, geblasen. Seine Attacke droht nicht nur ins Leere zu zielen. Nicht einmal in seiner eigenen Partei weiß kaum jemand, was es hier eigentlich noch zu verteidigen gibt.

Als die CSV zur Pressekonferenz einlud und versprach, ihre "vues et positions concernant la gestion du Fonds d'urbanisation et d'aménagement du plateau du Kirchberg" vorzutragen, durften wir gespannt sein auf die konkreten Vorschläge, der langjährigen Regierungspartei zur Lösung eines grundsätzlichen Malaise im Staate Luxemburg. Die Vokabel "Malaise" stammt übrigens vom ehemaligen DP-Fraktionschef und jetzigen Regierungsmitglied, Henri Grethen, der schon vor zehn Jahren die CSV-LSAP Regierung in Sachen Kirchbergfonds interpelliert hatte.

Doch was der sichtlich aufgelegte Weiler während seiner Pressekonferenz der versammelten JournalistInnenschar dann aufstischte war ein inhaltlich wackeliger und taktisch fragwürdiger Versuch, einem politischen Gegner Skandalmake und Amtsmissbrauch vorzuwerfen. Zur eigentlichen Frage, wie in Zukunft mit dem Problem Kirchbergamenagierung zu verfahren sei, sagten er und seine wortkarigen Fraktionskollegen nichts.

Kontrolle statt Abschottung

Entsprechend einem fraktionsübergreifenden Konsens hatte Ende 2002 die Budgetkontroll-Kommission beschlossen, gleichermaßen Mehrheits- und Oppositionsabgeordnete an der Auswertung des 2000er Berichtes des Rechnungshofes über die "Etablissements publics" zu beteiligen. Darunter fallen auch der "Fonds d'urbanisation et d'aménagement du Kirchberg"

(FUAK) sowie der "Fonds de rénovation de la Vieille Ville", die der grüne Fränz Bausch im einstimmigen Auftrag der Kommission unter die Lupe nehmen sollte.

Als erstes Ergebnis seiner Untersuchungen hatte Fränz Bausch Anfang Mai seinen Kommissionskollegen wie vereinbart eine kommentierte "note" zukommen lassen, die die Diskussionen um einen späteren Abschlussbericht einleiten sollte. In diesem Papier werden zum einen die wichtigsten Bemerkungen der "cour des comptes" zu den beiden besprochenen Fonds dokumentiert, es werden aber auch die

Stellungnahmen des Vorsitzenden beider Gremien und administrateur-général im Bautenministerium, Fernand Pesch, zu einer Reihe von Vorwürfen aufgeführt. Anders als Weiler es suggerierte, hält sich die "note" im Tonfall sehr zurück und hütet sich auch einer Vorverurteilung der Person Fernand Peschs Vor-schub zu leisten.

Fränz Bausch hat neben einigen prozeduralen Entgleisungen im Gebaren des Fonds vor allem die auf Fernand Pesch zutreffende extreme Ämterhäufung in Frage gestellt. Das ist weder neu, noch dürfte es den fleißigen Beamten in eine Depression versetzt haben. Er pflegt selber einen eher hemdsärmeligen Umgangston und hat sich auch nicht gescheut dem Berichterstatter seine Meinung zu sagen. "Männer pass op wat's de mechs", meinte er an die Adresse Bauschs, der die Drohung allerdings sichtbar locker nahm.

Was Weiler wohl am meisten in Rage gebracht haben dürfte, ist die Berichterstattung über Bauschs Schlussfolgerungen in der eigenen "presse amie". Sowohl das Luxemburger Wort ("Nebel über dem Kirchberg-Plateau") als auch der Télécran ("Die Fonds im Visier") hatten dem grünen Politiker breiten Raum für seine Sicht der Dinge gelassen. Weiler, der die genannten Artikel mehrfach zitierte, sieht hier einen Amtsmissbrauch des Berichterstatters, der nach außen die Meinung habe aufkommen lassen, die gesamte Kommission teile seine Ansichten. Tatsächlich gehen sowohl Bausch als auch die betreffenden Journalisten sehr viel weiter in ihrer Fragestellung, als die inkriminierte "note", die ja in einen konsensfähigen Bericht überleiten soll. Allerdings stehen sie mit ihrer Sicht der Dinge nicht allein: Unzählige parlamentarische Anfragen, Interpellationen und sogar ein Gesetzesvorschlag, hatten in den letzten 15 Jahren das schlechte Funktionieren des Kirchbergfonds zum

Thema, wobei die heftigsten Vorwürfe aus den Reihen des jetzigen Koalitionspartners der CSV gestammt haben dürften. Die DP hatte seinerzeit eine Auflösung des Fonds und eine entsprechende Entmachtung seines Präsidenten verlangt.

Machtentzugs-erscheinungen

Den Vorwurf eher den Mann als den Ball gespielt zu haben, wie Weiler sich ausdrückte, konnte Fränz Bausch genüsslich zurückweisen: Für die Aussage, seine Kampagne gegen Fernand Pesch käme einem Rufmord gleich, verlangt der Grünenchef jetzt sogar eine persönliche Entschuldigung.

Vieles spricht nämlich dafür, dass die Kommission den Bedenken Bauschs mehrheitlich zustimmen wird. Weilers Art und Weise, die parlamentarische Minderheit mit seinen Brückierungen in die Schranken zu verweisen, dürfte beim Koalitionspartner (und in den eigenen Reihen) auf einigen Widerstand stoßen. Kein geringerer als Staatsminister Jean-Claude Juncker hat mehrfach die Arbeit der OppositionspolitikerInnen in Sachen Budgetkontrolle gelobt und das seit dem letzten Koalitionswechsel geltende Prinzip, die Budgetkontrollkommission von einem Oppositionspolitiker präsidieren zu lassen, mit aus der Taufe gehoben.

Vielleicht rührt Weilers Frust ja auch daher, weil er merkt, dass er seine Macht, den Staat in seiner Amtsführung zu kontrollieren, mehr als bisher mit der Opposition teilen muss. BerichterstatterInnen aus der Opposition haben wenig Interesse daran, große Geheimhaltung zu üben. Mehrheitsabgeordnete müssen hingegen mit dem Druck, den ihre ParteikollegInnen in den Regierungsämtern auf sie ausüben, leben.

Weiler hat mehrfach angedeutet, dass er den Missbrauch, den Fränz Bausch in seinen Augen begangen hat, zum Anlass nehmen will, die jetzt geltenden Spielregeln zu revidieren. Sollte es ihm gelingen, wäre das Comeback des CSV-Staates nur eine Frage der Zeit. BeamtInnen wären dann wieder nur ihren jeweiligen MinisterInnen hörig, die parlamentarische Kontrolle unterläge wie gehabt dem Wohlwollen des Vorsitzenden der stärksten Regierungsfraktion und die heißt bis auf Weiteres CSV.

Richard Graf

Brutalités policières lors du G8: la Suisse accusée

"J'étais prêt à rester suspendu sous le pont jusqu'à ce qu'on m'enlève de force, parce qu'à mes yeux le G8 n'a pas le droit de dicter une politique économique mondiale qui accorde plus de valeur au profit qu'aux besoins des humains et de l'environnement", raconte Martin. Peu après, le blocage du pont fût levé: un policier coupa la corde et l'activiste fit une chute de 20 mètres, se blessant gravement. Gesine, suspendue de l'autre côté du pont, fût sauvée in extremis.

Il s'agit du fait le plus grave reproché aux autorités suisses dans une lettre adressée à l'Ambassade helvétique par plusieurs organisations de jeunesse luxembourgeoises. Gesine est connue au Luxembourg comme ancienne militante de Life, notamment dans le cadre de la "CO2-Wett", le pari de réduire la consommation d'énergie dans les lycées. Martin était passé au Luxembourg lors du camp international de clôture des "Wett" à Remerschen. La lettre relaie une mobilisation internationale suite aux excès policiers lors du sommet d'Evian. Les auteurs demandent notamment une enquête indépendante et la suspension immédiate des policiers responsables.

Pour plus d'information et pour soutenir la mobilisation: www.lifeproject.lu

Centre "ouvert", mur de cinq mètres

Le projet de loi sur la réorganisation des centres socio-éducatifs de l'Etat, qui vient d'être déposé, a été présenté par la ministre de la famille lors d'une réunion de la commission parlementaire spéciale "Jeunesse en détresse". Parmi ces centres figure l'internat de Dreiborn, et le projet de loi porte entre autres sur l'"unité de sécurité" qui y sera intégrée selon les vœux du gouvernement. Au centre de moult controverses depuis plusieurs années, cette unité doit accueillir des mineur-e-s délinquant-e-s qui jusqu'ici ont été placé-e-s, faute de mieux, au centre pénitentiaire de Schrässig. Pourtant, le ministre de la justice Luc Frieden avait toujours soutenu l'approche de créer une aile spécifique pour mineurs au centre pénitentiaire, approche qui semble d'ailleurs s'être concrétisée avec l'ouverture récente du bloc "Charly". Le projet de Marie-Josée Jacobs ferait-il donc double emploi, puisqu'il prévoit la création d'une véritable prison au sein du centre éducatif - ouvert - de Dreiborn? La nouvelle unité fermée sera entourée d'un mur de cinq mètres de haut, elle sera surveillée par des caméras et ses fenêtres seront grillagées. Luc Frieden a, au cours de la même réunion, affirmé que dès l'entrée en service de l'unité de sécurité de Dreiborn, les mineur-e-s ne seront "en principe" plus incarcéré-e-s au centre pénitentiaire.

Freiheit der Meinungen oder des Warenverkehrs?

Ein bemerkenswertes Urteil in Sachen freie Meinungsäußerung hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg (EUGH) Mitte Juni gefällt. Bei dem Rechtsfall ging es um die Blockade der Brenner-Autobahn durch UmweltaktivistInnen im Sommer 1998. Eine Transportfirma hatte gegen den österreichischen Staat geklagt, weil dieser die Blockade genehmigt hatte. Die Firma sah darin unter anderem eine unzulässige Beschränkung des in den EU-Verträgen garantierten freien Warenverkehrs. Zwar stelle die Blockade eine Beeinträchtigung des Warenverkehrs dar, so der EUGH in seinem Urteil, doch die EU-Mitgliedstaaten seien auch den Menschenrechten verpflichtet. Deshalb stelle "der Schutz dieser Rechte ein berechtigtes Interesse dar, das grundsätzlich geeignet ist, eine Beschränkung von Verpflichtungen zu rechtfertigen, die nach dem Gemeinschaftsrecht (...) bestehen." Im vorliegenden Fall stehe diese Beschränkung in einem angemessenen Verhältnis zum Ziel, die Grundrechte zu wahren, und der österreichische Staat habe nicht gegen Gemeinschaftsrecht verstoßen, so der EUGH. "Umweltschutz kann freien Warenverkehr einschränken", so die Interpretation des Deutschen Naturschutzbündnisses in einem Communiqué: Obwohl das Urteil viele Einschränkungen enthalte, stärke es die Position des Umweltschutzes.